

In der Gebetsmühle

– Nicht die Globalisierung ist gefährlich, sondern das, was Ökonomen daraus ableiten –

von

Heiner Flassbeck

(ZEIT, 9.3.2000)

Hans-Werner Sinn hat in der ZEIT vom 2.3.2000 von einer "Zwickmühle" gesprochen, in die wir durch die Globalisierung geraten seien: Weil die Niedriglohnländer der Welt mehr und mehr arbeitsintensive Produkte herstellten, die Hochlohnländer aber kapitalintensive, steige bei uns die Arbeitslosigkeit. Bei zunehmender Kapitalintensivierung, also erhöhtem Einsatz von Maschinen statt Arbeitern, müssten daher die Löhne im reichen Norden sinken. Im jetzt noch armen Süden aber würden Arbeitskräfte knapp und die Löhne steigen. Dies ist das, was Ökonomen als Faktorpreisausgleich bezeichnen. Diese in allen Lehrbüchern zu findende Idee ist nur einleuchtend, wenn man annimmt, dass "mehr Maschinen" tatsächlich einen endgültigen Verlust von Arbeitsplätzen bedeuten. Dem aber widerspricht die gesamte Geschichte der Industrialisierung, die weniger von ständig steigender Arbeitslosigkeit gekennzeichnet war, als von ständig steigenden Einkommen. Die Maschinen haben die Arbeiter sozusagen reicher gemacht. Insofern ist nichts Schlimmes an der durch die Globalisierung erzeugte Spezialisierung auf arbeits- oder kapitalintensive Produkte.

Sinn jedoch konstruiert daraus eine "Zwickmühle". Die "Kräfte des Faktorpreisausgleichs", behauptet er, zögen Arbeitskräftemangel in den Niedriglohnländern und Arbeitslosigkeit in den Hochlohnländern nach sich. Gleichzeitig, so sagt er, wanderten die Arbeitskräfte von Süden nach Norden – obwohl nach seiner Argumentation in ihrer Heimat Vollbeschäftigung herrscht und im Norden Arbeitslosigkeit. Sie vergrößern demnach also das Heer der Arbeitslosen im Norden und verschärfen die Arbeitskräfteknappheit im Süden. Die Realität zeigt genau das Gegenteil: In den Niedriglohnländern ist die Arbeitslosigkeit in der Regel viel höher als in den Hochlohnländern. Daher sind die Anreize, in ein reiches Land auszuwandern, in der Tat hoch. Bei Sinn aber werden die aus dem vollbeschäftigten Süden zuströmenden Armen im Norden arbeitslos. Weil sie das schon vorher wissen, suchen sie sich den großzügigsten Sozialstaat aus. Und deshalb, so Sinn weiter, hätten die Staaten keine andere Wahl, als weniger großzügig zu sein und ein Kapitaldeckungsverfahren in der Rentenversicherung einzuführen.

Es ist dies das wahrscheinlich hundertste Mal, dass ein Ökonom behauptet, die Globalisierung bedeute das Ende des Sozialstaates. Fakten können dieses klare Bild nur stören. Der gleiche Autor hat uns schon in der ZEIT vom 5.11.93 wissen lassen, dass zum einen "Japan, Korea und andere asiatische Tiger" den Standort Deutschland unter Wettbewerbsdruck setzten. Und zum anderen in Bälde die Länder Mittel- und Osteuropas, die als "neue Tiger im Hinterhof lauern". Zwar haben sich die asiatischen Tiger als zahlos erwiesen, und alle Niedriglohnländer zwischen Deutschland und dem Ural kämpfen seit Beginn der Transformation mit schweren Wirtschaftskrisen, Verarmung und hoher Verschuldung gegenüber dem Westen, aber das tut der gebetsmühlenartig vorgetragenen Diagnose vom Ende des Sozialstaates "wegen Globalisierung" keinen Abbruch.

Zwar verzeichnet das Hochlohnland Deutschland im Handel mit allen Niedriglohnregionen der Welt hohe und – bis zur Abwertung der Niedriglohnländer nach der Asienkrise – sogar steigende Überschüsse, aber das verwirrt viele Ökonomen nicht. Solche Überschüsse bedeuten nichts anderes, als dass Deutschland per Saldo im Handel mit den Niedriglohnländern Arbeitsplätze gewinnt und nicht verliert. Solche Überschüsse erzwingen des weiteren notwendigerweise einen gleichzeitigen Kapitalexport – und die Defizite der Entwicklungsländer einen Kapitalimport. Was viele Ökonomen nicht daran hindert, aus diesem Grundgesetz der Zahlungsbilanz einen zusätzlichen Beleg für unsere Unterlegenheit gegenüber den Niedriglohnländern zu basteln.

Auch die Tatsache, dass immerhin gerade jetzt einige Hochlohnländer trotz der sie "bedrängenden" Niedriglohnkonkurrenz Vollbeschäftigung durch einen Nachfrage – und Investitionsboom erreicht haben, spricht weder für die globale Wirksamkeit der Kräfte des Faktorpreisausgleichs noch für die fatalen Folgen der Kapitalintensivierung auf dem Arbeitsmarkt. Aber das, werden die Ökonomen darauf sicher erwidern, gilt ja nur für Länder mit einem so "flexiblen Arbeitsmarkt", wie ihn die USA, die Niederlande oder Großbritannien aufweisen. Diese Länder sind zwar im Handel mit der Niedriglohnkonkurrenz der "inflexiblen" Bundesrepublik weit unterlegen, aber sie sind natürlich nur in ihrer glücklichen Lage, weil sie den Sozialstaat längst geopfert haben – quod erat demonstrandum.